

FDP

Die Liberalen
Hitzkirch

**GROSS-
AUFLAGE**
für das ganze
Hitzkirchertal

**MAI
2021**

6

CO₂-Gesetz
im Fokus

10

Agrarinitiativen
im Fokus

13

Kantonsrätin Luzia Syfrig
im Fokus

LIBERAL

LIEBE HITZKIRCHERTALERINNEN LIEBE HITZKIRCHERTALER



Der Start ins Jahr 2021, welchen wir wegen der Corona-Pandemie bestimmt noch lange in Erinnerung behalten werden, war für uns Hitzkirchertalerinnen und Hitzkirchertaler auch aus politischer und gesellschaftlicher Sicht besonders. Hitzkirch hat durch die Fusion mit Altwis einen weiteren Ortsteil erhalten. Wir heissen die Altwisserinnen und Altwiser herzlich willkommen!

Im November 2020 durfte ich das Präsidium der FDP.Die Liberalen Hitzkirch von Thomas Keller übernehmen. Ich freue mich, dass Thomas uns als Präsident der Controllingkommission weiterhin unterstützen wird. Es freut mich ausserordentlich, dass wir den Vorstand verjüngert und erweitert haben. Neben mir wurden im November auch Gabriela Schryber aus Hämikon und Jan Wyss aus Altwis neu in den Vorstand gewählt. Dank Gabriela und Jan wird der Vorstand nun weiblicher und jünger. Lernen Sie Jan Wyss kennen – im Interview in diesem LIBERAL!

Als Präsidentin bin ich stolz, dass es uns immer wieder gelingt, qualifizierte und motivierte Personen für die neu zu besetzenden Funktionen zu finden. Mein herzlicher Dank an

alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für ihre Arbeit zu Gunsten der Gemeinde Hitzkirch.

Wir von der FDP.Die Liberalen Hitzkirch wollen weiterhin Verantwortung übernehmen und die anstehenden Projekte in unserer Gemeinde begleiten, beurteilen und mittragen. Im 2021 wird uns nebst dem Projekt Stöcklimatt auch die Gemeindestrategie beschäftigen. In der Zentrumsplanung nahm bis jetzt Thomas Keller unsere Interessen wahr. Für diese Aufgabe konnten wir neu André Waller aus Gelfingen gewinnen.

Am kommenden 13. Juni stehen wichtige und wegweisende Abstimmungen bevor. Für die FDP.Die Liberalen stehen Freiwilligkeit und Eigenverantwortung an erster und Verbote an letzter Stelle. Darum liebe Leserinnen und Leser nehmen Sie die Möglichkeit wahr und sagen Sie ja zum CO₂-Gesetz und lehnen Sie die zu extremen Agrarinitiativen ab. Daneben sind wir aufgefordert über das Anti-Terrorgesetz und zum Covid-19-Gesetz abzustimmen. Die Delegierten der FDP.Die Liberalen haben für beide Vorlagen die Ja-Parole gefasst. Lesen Sie auf den folgenden Seiten mehr darüber.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen von LIBERAL viel Vergnügen.

Herzliche Grüsse

Luzia Syfrig
Präsidentin FDP.Die Liberalen Hitzkirch

IMPRESSUM

Herausgeber	FDP.Die Liberalen Hitzkirch
Layout	konkret – werbeagentur diekonkreten.ch
Fotos	Silvan Bircher, Hitzkirch; konkret – werbeagentur (Drohne); Keystone
Druck	SWS Medien AG PriMedia, Sursee swsmedien.ch
Auflage	4'750 Expl.
Ausgabe	Mai 2021



Von links nach rechts:
Jan Wyss,
Roxane Schmidgall,
Gabriela Schryber,
Hugo Beck,
Luzia Syfrig und
Dagmar Schnarwiler

NEUER VORSTAND GEWÄHLT

Die FDP.Die Liberalen Hitzkirch haben an ihrer GV vom 16. November 2020 einstimmig Luzia Syfrig zu ihrer Parteipräsidentin gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Thomas Keller an, der sich seiner neuen Aufgabe als Präsident der Controllingkommission der Gemeinde Hitzkirch widmen wird.

Grosse Freude bei der FDP.Die Liberalen Hitzkirch: Mit Luzia Syfrig hat die Partei eine engagierte und erfahrene Persönlichkeit als Präsidentin gewinnen können. Luzia Syfrig war während 16 Jahren Gemeinderätin von Hitzkirch. Nach einer vierjährigen Pause ist sie seit diesem Jahr wieder politisch aktiv, und zwar als Mitglied des Luzerner Kantonsparlaments. «Ich möchte den Interessen des unteren Seetals Gehör verschaffen», sagt Luzia Syfrig. Dies sei einer der Gründe, warum sie das Amt als Parteipräsidentin der FDP.Die Liberalen Hitzkirch übernehme. «Als Politikerin ist es mir wichtig, im ständigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bleiben und zu wissen, welche Themen sie auf Gemeindeebene beschäftigen.»

Der Vorstand der FDP.Die Liberalen Hitzkirch ist an der GV vom 16. November 2020 mit der

Wahl von Luzia Syfrig jünger und weiblicher geworden. Neben der neuen Präsidentin wurden auch Gabriela Schryber-Beck aus Hämikon sowie Roxane Schmidgall und Jan Wyss aus Altwis in den Vorstand gewählt. Dort werden sie mit Hugo Beck und Dagmar Schnarwiler zusammenarbeiten, die sich als erfahrene Vorstandsmitglieder weiterhin für die liberalen Werte in Hitzkirch einsetzen. Nach langjähriger, engagierter Tätigkeit wurden Marius Muff (Sulz) und Ersan Koyuncu (Mosen) aus dem Vorstand verabschiedet.

Der Luzerner Ständerat Damian Müller sieht die FDP.Die Liberalen Hitzkirch für die kommenden Jahre gut aufgestellt. «Ich bin überzeugt, dass sich unsere Ortspartei mit viel Kraft und Leidenschaft weiterentwickeln wird. Wir brauchen engagierte Kräfte, ob auf Bundes-, Kantons- oder Gemeindeebene. Nun haben wir ein super FDP-Team, das im Vorstand, mit den Mandatsträgern und der Bevölkerung zusammenarbeiten kann». In der aktuellen Krisenzeit sei es zentral, dass die Partei für die Existenzsicherung und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Schweiz kämpfe. «Nur so schaffen wir Perspektiven, Sicherheit und Vertrauen», sagt Damian Müller.

JAN WYSS – NEU IM PARTEIVORSTAND

Jan Wyss, du gehörst seit Kurzem dem Vorstand der FDP Hitzkirch an. Was waren die Gründe für diesen Entscheid?

Jan Wyss: Ich hatte schon länger den Drang nicht nur über Politik zu lesen und in der Schule darüber zu diskutieren, sondern hinter die Kulissen zu schauen. Und sie, auch wenn nur im kleinen Rahmen, mitzugestalten. Und so war ich dementsprechend sehr glücklich, als ich für den Platz im Vorstand angefragt wurde.

Wie lange bist du schon politisch aktiv – wie lange gehörst du schon der FDP an – und weshalb fühlst du dich gerade zur FDP hingezogen?

Politisch bin ich erst seit zirka eineinhalb Jahre aktiv. Zuerst wurde ich Mitglied der Jungfreisinnigen Luzern und später der FDP. Als Mitte-Partei sehe ich die FDP als eine Partei die mit Hilfe von Dialog und Kompromissbereitschaft wirklich etwas bewirkt und

dadurch die Politik vorantreibt. Für mich steht die FDP für Innovation und einen liberalen Umgang. Zudem ist sie für mich als junger Mensch sehr zukunftsorientiert.

Wie kamst du überhaupt zur Politik?

Ich habe immer viel debattiert. Meine Maturaarbeit befasste sich mit dem Vergleich der Wahlkampfstrategien diverser Politiker für die National- und Ständeratswahlen 2019. Der wirkliche Startschuss meiner politischen Partizipation war dann aber die Jugendsession 2019 des Jugendparlaments des Kantons Luzern JuKaLu. Danach wurde ich vom JuKaLu für einen Sitz im Vorstand angefragt und im Januar 2020 in dieses Gremium gewählt.

Was fasziniert dich an der Politik?

Politik tangiert jeden Lebensbereich. Unsere Freiheiten, Einschränkungen, aber auch die Möglichkeiten sind das Ergebnis von Politik, Sie benötigt Dialog, Argumentation und den berühmten Schweizer Kompromiss, um möglichst ausgeglichene Lösungen zu finden.

JAN WYSS ZUR PERSON

Alter

19 Jahre

Beruf

verdient momentan den Wachtmeister ab, beginnt im Herbst sein Wirtschaftsstudium

Hobbys

Tenorsaxophon (Harmoniemusik Hitzkirchertal), Freunde treffen, zieht die Fasnacht dem Skifahren vor



Welches sind deine politischen Schwerpunkte?

Auf kantonaler Ebene finde ich es wichtig, dass die Bildung nicht vernachlässigt wird, wie man es in den vergangenen Jahren des Öfteren gesehen hat. Entsprechend sehe ich dort ein eindeutiges Verbesserungspotenzial. Einen anderen wichtigen Punkt finde ich, ist, dass man vor lauter Vorsicht die Innovation nicht verschläft. Zum Beispiel bei der 5G-Thematik. Als Drittes würde ich die ganze Problematik mit der AHV ansprechen. Dort finde ich es wichtig, dass auch die jungen Stimmen, die sich für nachhaltige Reformen aussprechen, gehört werden. Für mich ist die Renteninitiative der Jungfreisinnigen eine dieser wichtigen Reformen.

Wo siehst du die grössten «Baustellen» in Hitzkirch?

Ich würde es nicht direkt als Baustelle bezeichnen, aber ich finde es wichtig, dass Altwis als neuer Ortsteil integriert wird. Durch die Fusion stehen für Altwis viele neue Türen offen und sicherlich kann auch Hitzkirch von uns Altwisern profitieren.

Du wirst als junger, dynamischer Typ beschrieben. Die Politik «lebt» oft von längeren Prozessen. Wie beurteilst du diese Situation?

Ich denke, ein langer Prozess ist nicht automatisch etwas Negatives. Wie Goethe schon sagte: «Gut Ding will Weile haben.» Genau so sehe ich es mit der Politik. Um möglichst ausgeglichene Lösungen zu finden, braucht es viel Dialog. Zeit hilft uns, noch intensiver mit einem Thema beschäftigt zu sein und so mögliche Fehler vorzeitig zu korrigieren.

Hast du politische Vorbilder?

Ich finde es beeindruckend, dass Damian Müller trotz seines Ständeratssitzes noch immer so stark in seiner Ortspartei engagiert ist. Zudem finde ich seine offene Art sehr löblich.

Du arbeitest nun im Vorstand der FDP Hitzkirch mit. Hast du weitere politische Ziele?

Ich finde es persönlich noch viel zu früh für konkrete politische Ziele. Aber natürlich wäre ein Sitz im Kantonsrat oder sogar ein Amt auf Bundesebene extrem interessant.

INTERVIEW VON ERNESTO PIAZZA

FDPDie Liberalen
Hitzkirch**CO₂-GESETZ****CLEVER FÜR DIE
SCHWEIZ!****FÜR MEHR
KLIMASCHUTZ,
INNOVATION UND
ARBEITSPLÄTZE.**www.klimaschutz-ja.ch

«KLIMASCHUTZ JETZT, DENN NICHTS TUN IST KEINE OPTION!»

DAMIAN MÜLLER, STÄNDERAT DES KANTONS LUZERN, HITZKIRCH

Damian Müller ist unter anderem Mitglied der Umwelt-, Raumplanungs- und Energiekommission des Ständerates. Er war eine treibende Kraft hinter dem CO₂-Gesetz und stellte sich erfolgreich gegen Verbote. Im Liberal nimmt er Stellung zur aktuellen Vorlage.

[Damian Müller, wieso soll ich für das CO₂-Gesetz stimmen?](#)

Damian Müller: Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit

die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1.5°C begrenzen kann. Das CO₂-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Ich bin Teil der jüngeren Hälfte der Bevölkerung in unserem Land und gehöre zur ersten Generation, welche die Auswirkungen des Klimawandels ganz direkt spürt. Ich bin aber auch aus der letzten Generation, welche die Klimakrise abwenden kann. Deshalb sehe ich es als Pflicht, mich für einen gesetzlichen



«
IM ZENTRUM
STEHT DAS
VERURSACHER-
PRINZIP!

Damian Müller, Ständerat

Rahmen zu engagieren, der uns dazu bringt, dass wir uns umweltfreundlicher verhalten. Und dies ohne, dass unsere persönlichen Freiheiten beschnitten werden. Genau das erfüllt das neue CO₂-Gesetz. Ich engagiere mich für dieses neue Gesetz, weil mir das die Natur wert und nichts tun keine Option ist. Hinzu kommt, dass wir die Chancen, die sich aus der sowieso notwendigen Transformation auch für die Wirtschaft ergeben, umso besser nutzen können, je weiter vorne wir mit dabei sind. Sonst schnappen sie sich andere Länder.

Nachdem die erste Version im Nationalrat gescheitert ist, haben Sie das Heft an die Hand genommen. Haben Sie das Gesetz verbrochen?

Ja, wir haben das Heft in die Hand genommen, weil uns der Klimaschutz wichtig ist. Der Ständerat hat das Fundament gelegt – wer wie viel dazu beigetragen hat, ist nicht wichtig. Fakt ist, wir haben hart verhandelt und können parteiübergreifend hinter einem soliden und typisch schweizerischen Kompromiss stehen. Im Zentrum des CO₂-Gesetz-Kompromisses steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dass sich jede und jeder bewusst ist, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, insbesondere für zukünftige Generationen. Allerdings sind die Folgen einzelner Handlungen meist nicht immer sofort ersichtlich, da keine Kostenwahrheit besteht. Deshalb wird mit dem CO₂-Gesetz die Kostenwahrheit gestärkt: wer mehr Ressourcen auf Kosten der nächsten Generationen verbraucht, erhält ein Preisschild, und zahlt entsprechend mehr. Der Ausstoss von CO₂ verursacht Kosten. Bisher gehen diese noch zu Lasten der nächsten Generationen. Dank des CO₂-Gesetzes werden sie neu durch die heutigen Verursacher ausgeglichen. Diese Kostenwahrheit ist für mich aus liberaler Sicht ein zentrales Element des neuen Gesetzes. Das Gesetz mit seinem Rückverteilungsmechanismus ist clever aufgebaut: Auf eine typische vierköpfige Familie können im Jahr 2030 Zusatzkosten von rund 8.30 Franken pro Monat zukommen. Das ist im Sinne einer generationenübergreifenden

Verantwortung verkräftbar. Wir müssen aufhören, auf Kosten der jüngeren Generationen Schuldenberge anzuhäufen. Und wählt diese Familie in den nächsten Jahren ein Elektroauto, reduziert sich dieser Betrag. Reist sie nicht per Flugzeug in die Ferien oder heizt sie CO₂-frei, erhält die Familie sogar mehr Geld zurück, als sie bezahlt.

Bedeutet umweltfreundliches Verhalten auch mehr Kosten?

Im Gegenteil! Wer keinen Schaden verursacht, muss auch weniger zahlen. Im Zentrum des CO₂-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Individuelle Verantwortung bedeutet, dazu zu stehen, dass das eigene Handeln Konsequenzen hat, die in diesem Fall vor allem zukünftige Generationen betreffen. Konkret bedeutet dies, dass «wer mehr verschmutzt, mehr zahlt». Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen, profitieren. Gleichzeitig werden über den Klimafonds Gebäudesanierungen und der Heizungsersatz finanziell gefördert. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Unter dem Strich folgt daraus, dass die Landbevölkerung vom CO₂-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren schädlichen Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Vielen geht dieses Gesetz aber viel zu weit. Nehmen wir nur die 12 Rappen, die das Benzin nach Annahme der Vorlage mehr kosten wird.

Dieser Aufschlag, mit dem die Erdöllobby nun Werbung gegen das Gesetz macht, ist reine Angstmacherei und obendrein noch falsch. Natürlich sieht das neue Gesetz eine Erhöhung auf den Treibstoff vor. Aber dieser Aufschlag ist keine Steuer. Es handelt sich um einen Maximal-Betrag, den die Treibstoffhändler den Konsumenten verrechnen dürfen, um damit ihre Kompensation des CO₂-Ausstosses zu finanzieren. Das Geld geht also nicht an den Staat, sondern an die Benzinverkäufer und diese haben es sogar noch in der Hand,

freiwillig darauf oder auf einen Teil davon zu verzichten. Wie unglaublich die Drohung der Erdöllobby ist, zeigt der Blick auf heute. Heute beträgt der Aufschlag nur 2 Rappen, möglich wären 5. Bis Ende 2025 könnte der Benzinpreis um 10 Rappen ansteigen, aber nur dann, wenn die Treibstoffhändler selbst das so wollen.

Doch 12 Rappen pro Liter bleiben ein stolzer Betrag.

Zunächst. Der Aufschlag gegenüber heute wären wie gesagt maximal 10 Rappen. Und schauen wir diesen Betrag einmal etwas genauer an und gehen wir von einem Auto aus, das 8 Liter auf 100 km verbraucht und mit dem 15'000 Kilometer jährlich gefahren werden. Dieses Auto verbraucht in einem Jahr 1200 Liter fossilen Treibstoff. Kostenmässig macht das eine Zusatzausgabe von 120 Franken aus, monatlich sind das 10 Franken, Abgesehen davon, es ist immer die Erdölbranche, die über die Preise der fossilen Treibstoffe entscheidet. Und es diese Branche, die das Geld dann in die Ölstaaten zurückspült. Ausserdem nimmt das Gesetz auch die Autoverkäufer in die Pflicht. Neue Fahrzeuge müssen künftig benzinsparender sein. Im Durchschnitt werden sie 2030 noch halb so viel Sprit verbrauchen wie heute. Braucht das neue Auto also noch die Hälfte, kauft man 600 Liter weniger Treibstoff und spart sicher 900 Fr jährlich. Der Aufschlag wird also mehrfach kompensiert. Die Treibstoffkosten sinken dank dem CO₂-Gesetz. Übrigens sagt auch der TCS Ja zum CO₂-Gesetz.

Das ist doch reiner staatlicher Dirigismus, der es auf die Portemonnaies seiner Bürger abgesehen hat. Und Sie Herr Müller werden nicht müde zu betonen, dass dieses Gesetz ein liberales Gesetz ist.

Genau, es ist ein liberales Gesetz! Es setzt nicht auf Verbote, sondern auf Anreize, die dafür sorgen, dass sich klimafreundliches Verhalten finanziell lohnt. Niemand sagt, man muss etwas Bestimmtes tun. Wenn die Treibstoffhändler entscheiden, den Autofahrern einen Aufschlag zu verrechnen, hat das nichts mit staatlichem Dirigismus zu tun. Auch nach der Annahme des neuen CO₂-Gesetzes sind wir frei zu entscheiden, ob wir ein Diesel- oder Benzin- Auto fahren wollen oder ob wir auf ein energiesparendes E-Mobil umsteigen. Wir sind auch frei, mit dem Zug in die Ferien zu fahren, statt zu fliegen. Man muss einfach bereit sein, für einen höheren CO₂-Ausstoss auch mehr zu bezahlen.

Reduziert dieses Gesetz die Abhängigkeit von fossilen Energien?

Ja. Das CO₂-Gesetz hilft unserer Bevölkerung und Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO₂-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht-fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Der Klimafonds wird zum Moloch?

Der Klimafonds ist verursachergerecht, liberal und beschleunigend. Er finanziert sich aus den verursachergerechten Abgaben. Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO₂-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche



Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49% der Flugticketabgaben können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO₂-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Die Unternehmen werden ebenfalls belastet?

Auch für Unternehmen gibt es eine CO₂-Abgabe. Für KMU besonders wichtig ist eine Neuerung im totalrevidierten CO₂-Gesetz: sie können sich neu ebenso wie grosse Unternehmen, von der CO₂-Abgabe befreien lassen, wenn sie freiwillig bei sich wirtschaftlich lohnende Massnahmen zur Reduktion ihrer CO₂-Emissionen ergreifen.

Hand aufs Herz, die Schweiz ist doch viel zu klein, um etwas am weltweiten Klimawandel zu verändern.

Dieses Argument höre ich oft. Aber es ist so gut, wie der Verzicht darauf, Steuern zu zahlen, weil die eigene Steuerrechnung im Vergleich zum gesamten Steueraufkommen verschwindend gering ist. Wir haben uns gemeinsam mit über 190 Staaten dazu verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten, und diese gemeinsame, weltweite Anstrengung wird den notwendigen Wandel bringen, ob mit oder ohne uns. Falls es ohne uns passiert, werden andere Länder die Innovationen entwickeln, die es dazu braucht, wir werden am Ende doch noch klein begeben müssen, die Chancen nutzen aber die anderen. Zudem stärkt das neue CO₂-Gesetz den Ruf der Schweiz als zuverlässiger Partner und verantwortungsvolles, sowie umweltorientiertes Land mit einer starken und innovativen Umweltindustrie. Das schafft mehr und interessante Arbeitsplätze. Und Hand aufs Herz – ich investiere das Geld lieber für ein besseres Klima, sowie Innovation und Technologie in der Schweiz, als Milliarden ins Ausland zu schicken.

DAS CO₂-GESETZ IN KÜRZE

Klimaschutz JA!

Klimaschutz heisst Ja zum revidierten CO₂-Gesetz. Alle Sektoren (Gebäude, Industrie, Mobilität, Finanzplatz) handeln gemeinsam. Wer künftig wenig fossile Energie verbraucht, profitiert als Privatperson, Familie oder Firma. Das ist fair, schafft Arbeitsplätze und die Schweiz wird unabhängiger von Erdöl-, Gas- und Kohleimporten. Ein entscheidender Schritt, damit auch die künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft haben.

Das CO₂-Gesetz ist hart erarbeitet worden. Bevor National- und Ständerat im Herbst 2020 mit deutlichen Mehrheiten JA sagen konnten, gab es Tränen, Frust, Demos und viel, viel Arbeit.

Bundesrat, Parlament, fast alle Parteien, führende Klimawissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler, die Wirtschaft, über 100 Klimaschutz-Organisationen und engagierte Menschen und bekannte Persönlichkeiten aus allen Regionen der Schweiz sagen:

JA – Gemeinwohl steht über Sonderinteressen:

Wir handeln gemeinsam und fair.

JA – Clevere Massnahmen jetzt ergreifen lohnt sich:

Abwarten wird teuer und riskant.

JA – Saubere Luft, weniger Lärm:

Klimaschutz ist gut für unsere Gesundheit.

JA – Wir übernehmen Verantwortung für die künftigen Generationen.

Wir stimmen am 13. Juni 2021 über das CO₂-Gesetz ab, weil die Erdöl-Lobby dagegen das Referendum ergriffen hat.



**ES WIRD NIEMAND
IN SEINER FREIHEIT
BESCHRÄNKT. AUCH
MEIN MÜLLERMOBIL
BLEIBT AUF DER
STRASSE.**

Damian Müller,
Ständerat



«AGRARINITIATIVEN SCHÜTTEN DAS KIND MIT DEM BADE AUS»

MARTIN BIRRER, EMMEN – LANDWIRT UND KANTONSRAT DER FDP.DIE LIBERALEN

Zehntausende von Bauernfamilien in der ganzen Schweiz kämpfen zurzeit mit Plakaten, Tafeln, Landschaftssujets, Standaktionen und damit mit einem grossen Engagement gegen die beiden Agrarinitiativen «Trinkwasser» und «Pestizidfrei». Landwirt und Kantonsrat Martin Birrer aus Emmen erläutert warum eine Annahme für die Bauernfamilien, unsere Versorgung und sogar die Umwelt schlecht wären.

Um was geht es bei der Abstimmung vom 13. Juni eigentlich?

Martin Birrer: Das ist nicht so schnell erklärt, die beiden Initiativen scheinen auf den ersten Blick ähnlich. In Tat und Wahrheit verfolgen sie sehr unterschiedliche Ziele.

Starten wir in diesem Fall mit der Trinkwasserinitiative.

Wichtig zu wissen ist: Die Trinkwasser-Initiative hat nichts mit Wasser zu tun. Sie knüpft die Direktzahlungen an uns Bauernfamilien an zwei neue Auflagen. Davon sind besonders zwei hochproblematisch. Sie sind so extrem, dass die meisten Bauernbetriebe sie nicht erfüllen können. Nicht einmal die Biobetriebe, weshalb auch Bio Suisse die Nein-Parole beschloss. Das ist erstens, dass keinerlei Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen, auch keine biologischen. Die zweite Auflage ist, dass die Tiere nur betriebseigenes Futter fressen.

Und was sind die konkreten Folgen dieser Auflagen?

Wer Direktzahlungen nicht unbedingt braucht, aber auf Pflanzenschutz oder Futterzukäufe angewiesen ist, wird auf die Direktzahlungen verzichten. Das gilt vor allem für Betriebe mit Obst, Gemüse, Wein, Geflügel oder Schweinen. Dann müssen sie auch den ökologische Leistungsnachweis nicht mehr einhalten. Der ist die Grundlage, um überhaupt Direktzahlungen zu erhalten. Er verpflichtet uns beispielsweise dazu, mindestens 7 Prozent unserer Fläche für die Förderung der Biodiversität einzusetzen. Auf freiwilliger Basis ist es unterdessen übrigens fast 19 Prozent! Auch betreffend Dünger und Pflanzenschutz gibt es Grundanforderungen zu erfüllen. Wer auf Direktzahlungen verzichtet, der kann deshalb seine Produktion sogar intensivieren! Dem Wasser wäre damit sicher nicht geholfen. Betriebe, die nicht auf die Direktzahlungen verzichten können, würden die entsprechende Betriebszweige aufgeben. Kulturen wie Raps, Kartoffeln oder Zuckerrüben würden verschwinden. Wir müssten diese Lebensmittel künftig importieren, was unseren Umweltabdruck auch verschlechtert.

Und was ist der Unterschied zur Pestizidfrei-Initiative?

Die Pestizidfrei-Initiative will den Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln

verbieten. Es wären nur noch Mittel des Biolandbaus zugelassen. Im Inland, aber auch bei importierten Lebensmitteln. Damit gäbe es in unseren Läden nur noch Bio zu kaufen. Wer sich das nicht leisten kann oder will, wird sich im umliegenden Ausland mit Lebensmitteln eindecken. Deshalb dürfte bei einer Annahme der Einkaufstourismus explodieren, was unserer lokalen einheimischen Wirtschaft weit über die Landwirtschaft- und Ernährungswirtschaft hinaus schadet.

Was wären die Folgen?

Etwas vereinfacht kann man sagen, dass beide Initiativen unsere regionale Lebensmittelproduktion schwächen, Importe fördern und die Preise fürs Essen erhöhen. Zudem gäbe es mehr Foodwaste vom Feld über die Lagerung bis zu den privaten Haushalten, weil wir unsere Kulturen nicht mehr genügend schützen können. Beide, aber besonders die Trinkwasserinitiative, hätten zudem negative Effekte auf die Umwelt. In erster Linie würden wir unseren konsumbedingten Fussabdruck weiter ins Ausland verlagern. Dort fällt heute schon zu 75 Prozent an. Gleichzeitig würden wir in der Schweiz am Markt und der Nachfrage vorbeiproduzieren. Heute beträgt der Anteil von Bio am Gesamtmarkt 11 Prozent.

Viele denken, dass sich die Landwirtschaft zu wenig bewegt und dass nun etwas gehen muss. Was sagen Sie dazu?

Ich verstehe, dass man das denken kann, wenn man die Zeitungen liest. Diese fokussieren sich leider gerne auf negative Meldungen. Wir optimieren und verbessern unsere Produktion seit Jahren. Und es gibt viele Erfolge! So ist beispielsweise der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln in den letzten Jahren um mehr als 40 Prozent gesunken. Über die Hälfte der eingesetzten Mittel sind unterdessen solche, die auch im Biolandbau zugelassen sind. Der Maiszünsler wird schweizweit mit einer Schlupfwespe bekämpft, die Obstanlagen eingesetzt, neue Prognosemodelle und Technik erlauben es, Mittel nur bei effektivem Bedarf und viel zielgerichteter auszubringen.

Es tut sich unendlich viel, nur hört man davon in der Öffentlichkeit wenig.

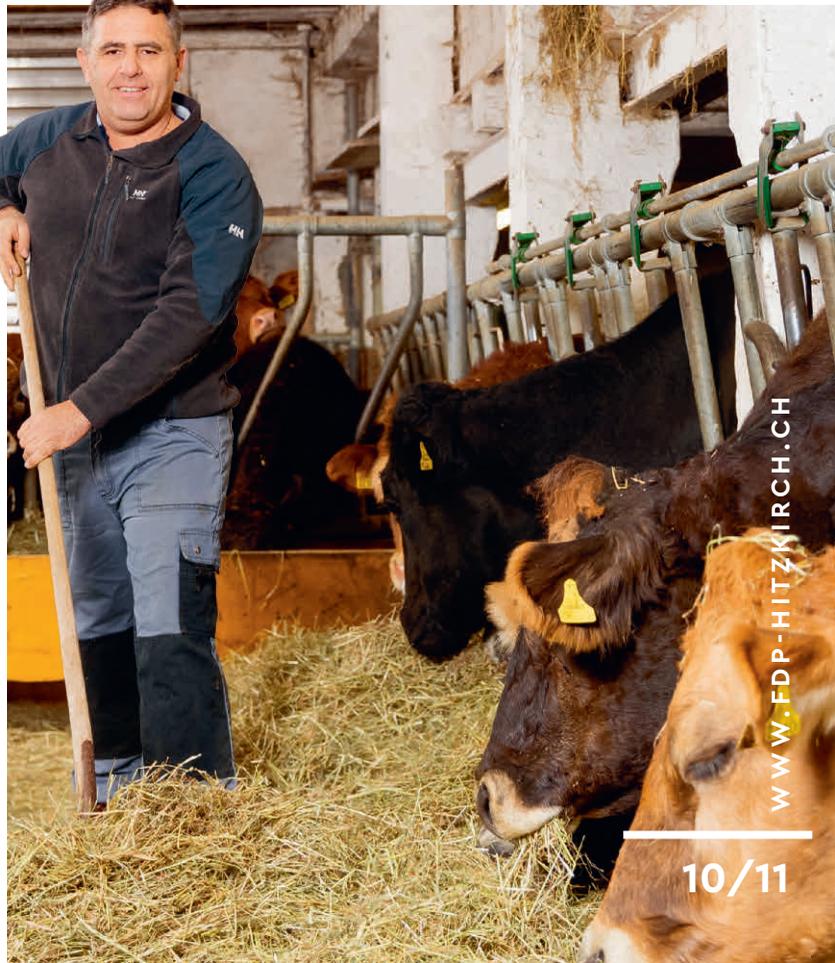
Und wie können wir sicher sein, dass die Entwicklung weitergeht?

Da kann man unbesorgt sein. Das Parlament verabschiedete diesen Frühling ein Pestizidgesetz, das weltweit einzigartig ist. Sogar der Direktor des Wasserfach-Dachverbands sagte in einem Blogbeitrag, dass die Schweiz damit den neuen Goldstandard für das Trinkwasser gesetzt hat. Die Entwicklung wird also weiter gehen und es ist nicht nötig, dass wir am 13. Juni das Kind mit dem Bade ausschütten.



BEIDE INITIATIVEN SIND MOGELPACKUNGEN.

Martin Birrer, Kantonsrat



WEITERE VORLAGEN: COVID-19-GESETZ UND PMT



Covid-19-Gesetz als brandgefährlicher Sündenbock

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen. Mehr als eine Million Menschen in 50'000 Unternehmen waren und sind immer noch auf Kurzarbeitsentschädigungen angewiesen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiegesezt. Genau so wenig enthält die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den coronagebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen.

Wir sagen JA zum Covid-19-Gesetz.

Keine Freiheit ohne Sicherheit, keine Sicherheit ohne Freiheit

Die Schweiz ist keine Insel, wie die traurigen Beispiele Morges und Lugano zeigen. Anders als bei Hooliganismus oder häuslicher Gewalt kann die Polizei heute nicht präventiv eingreifen, um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung zu schützen. Das Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) schliesst diese Lücke.

Eine Radikalisierung wird nach wie vor in erster Linie mit sozialen, integrativen und therapeutischen Massnahmen begegnet. Nur subsidiär kommen die präventiv-polizeilichen Massnahmen komplementär zum Einsatz. Das sind etwa Meldepflicht, Kontakt- oder Rayonverbot oder der Hausarrest als Ultima Ratio. Alle Massnahmen sind anfechtbar und zeitlich beschränkt. Beim Hausarrest liegen die Hürden höher: Ein Zwangsmassnahmengericht statt dem Fedpol muss die Massnahmen anordnen. Darüber hinaus darf der Hausarrest nur ausgesprochen werden, wenn vorgängig gegen eine andere PMT-Massnahme verstossen wurde.

Es verbessert die Sicherheit der Bevölkerung mit erprobten Massnahmen, die bereits bei Hooliganismus und häuslicher Gewalt angewendet werden.

Wir sagen JA zum PMT.

INTERVIEW MIT KANTONSRÄTIN LUZIA SYFRIG

PARTEIPRÄSIDENTIN UND KANTONSRÄTIN DER FDP.DIE LIBERALEN HITZKIRCH

Was hat Sie bewogen, nochmals einen doch aktiven Schritt zurück in die Politik zu machen?

Luzia Syfrig: Obwohl ich mich 2016 aus der Politik zurückzog, liess ich mich für die Kantonsratswahlen 2019 aufstellen. Dabei erreichte ich ein beachtliches Resultat. Das motivierte mich, mich für die Anliegen meiner Seetaler Wählerinnen und Wähler im Kantonsrat einzusetzen.

Sie haben vom Gemeinderat, also von der Exekutive, in den Kantonsrat und somit in die Legislative gewechselt. Welche Hauptunterschiede haben Sie festgestellt?

Das sind zwei ganz verschiedene politische Tätigkeiten. Im Gemeinderat geht es darum, Lösungen auf konkrete Anliegen zu finden. Diese kommen nach sachlichen und nur sehr selten nach parteipolitischen Kriterien zustande. Das heisst aber nicht, dass man seine politische Orientierung verleugnen muss. Als Gemeinderätin führte ich das Ressort Soziales. Ich konnte neue Ideen und Projekte direkt im Gemeinderat einbringen und mit der Umsetzung starten.

Wie nehmen Sie den Betrieb im Kantonsrat wahr?

Dort wird Parteipolitik betrieben. Die Arbeit als Kantonsrätin besteht aus drei

Hauptelementen: Die Teilnahme an den Sessionen, die Kommissionsarbeit inklusive Vorbereitung und das Einreichen von parlamentarischen Vorstössen. Die Sachgeschäfte werden in den Kommissionen vorberaten. Vor den Sessionen finden jeweils Fraktionssitzungen statt.

Wie beurteilen Sie die bisher gemachten Erfahrungen – wo lagen Ihre Themenschwerpunkte?

Ich wurde vom Rat und vor allem von der Fraktion sehr gut aufgenommen. Dennoch war ich am ersten Tag wie erschlagen von der Menge der Geschäfte und vor allem von der Vielfalt der Parlamentarischen Vorstösse. Als Neumitglied bin ich in die Staatspolitische Kommission und in die Redaktionskommission gewählt worden. Als Mitglied der Staatspolitischen Kommission beschäftige ich mich beispielsweise mit Themen wie dem Stimmrechtsalter 16, dem Öffentlichkeitsprinzip und der Digitalisierung.

Wie haben Sie den Ratsbetrieb bisher konkret erlebt?

Bis jetzt durfte ich drei volle Sessionen miterleben. Corona bedingt finden leider keine Veranstaltungen statt. Ich muss zugeben, dass mir der Austausch mit der Bevölkerung sehr fehlt. Ich kann mich aber im Rat einbringen und das macht mir Freude.

Ich will mich für eine vorwärtsgerichtete Familienpolitik stark machen, speziell für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein bezahlbares Gesundheitssystem und ein gutes Bildungssystem sind mir ebenfalls sehr wichtig.

Als Kantonsrätin vertreten Sie politisch auch das Hitzkirchertal und als FDP-Vertreterin gehören Sie einer Wirtschaftspartei an, welche das Gemeinwohl ins Zentrum stellt. Oft hört man: Für den Kanton hat die Entwicklung des Hitzkirchertals nur sekundäre Priorität. Wie sehen Sie das?

Im aktuellen Richtplan steht das Hitzkirchertal in der Tat etwas abseits. Es ist für mich effektiv nicht nachvollziehbar, warum einer Gemeinde nur deshalb mehr Wachstum zustehen soll, weil sie an der sogenannten Y-Achse liegt. Zurzeit wird der Kantonale Richtplan revidiert. Da haben wir Seetaler Kantonsrätinnen und Kantonsräte uns zum Ziel gesetzt, unsere Region besser zu positionieren.

Als Gesundheits- und Sozialpolitikerin haben Sie bestimmt einen speziellen Fokus auf die Politik und Corona. Wie beurteilen Sie diesbezüglich das vergangene Jahr?

Das Corona-Jahr stellte für uns alle eine grosse Herausforderung dar. Denn erstens war der Virus nicht einfach nur neu, er entwickelte sich ständig und verlangte deshalb viel von Medizin und Politik. Gerade für sie war es nicht immer einfach, zeitgerecht die richtige Lösung zu finden. Das führte dazu, dass viele Bürgerinnen und Bürger gewisse Anordnungen nicht nachvollziehen konnten. Ich empfand die Kommunikation auf Ebene Bund und Kanton als nicht gut. Und noch etwas: Die Pandemie hat unser föderalistisches System arg strapaziert.

Das Hitzkirchertal wird geprägt von viel Landwirtschaft. Jetzt steht die Abstimmung von zwei wichtigen Initiativen an. Was ist Ihre Haltung dazu?

Die Initiative «für eine Schweiz ohne Pestizide» und die «Trinkwasser-Initiative» hätten bei

einer Annahme schädliche und weitreichende Folgen für unsere Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit. Die beiden Initiativen würden zu Mindererträgen in der Landwirtschaft führen. Das wiederum lässt die Preise unserer Lebensmittel steigen und führt logischerweise zu einem verstärkten Import ausländischer Lebensmittel. Daher 2x Nein.

Die Bevölkerung schaut immer wieder nach Bern. Wie nehmen Sie die Bundespolitik wahr?

Ich bin der Meinung, dass in Bern sehr viel und sehr viel gute Arbeit geleistet wird. Leider ist der politische Umgangston in den letzten Jahren viel rauer geworden. Das ist Ausdruck davon, dass es bei gewissen politischen Parteien nicht mehr um das Finden guter Lösungen geht, sondern nur um das Durchsetzen von eigenen Parteiinteressen. Zudem kommt die Presse als verlässlicher Partner für die Vermittlung von Politik immer weniger in Frage. Dies führt zu Verunsicherungen in der Bevölkerung.

Sie sind neu auch Parteipräsidentin der FDP Hitzkirch. Die Partei hat unlängst erneut vergebens versucht den verlorenen zweiten Gemeinderatssitz zurückzuerobern. Welche Priorität hat das für Sie?

Zuerst halte ich fest, dass unsere Partei weiterhin Verantwortung übernehmen will. Der Vorstand und die ganze Partei arbeiten lösungsorientiert. Wir haben uns aber klare Ziele gesetzt: die Erhaltung und den Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Engagement für das Gemeinwohl mit der Gewährleistung eines attraktiven Steuerumfeldes, eine schlanke, effiziente und bürgerfreundliche Gemeinde, eine zeitgemässe Familien- und Seniorenpolitik sowie eine Klimapolitik mit Weitblick und lokalen Massnahmen.

Und dafür ist die FDP Hitzkirch auch ohne zweiten Gemeinderat gut aufgestellt?

Wenn ich unsere Mandatsträgerinnen und

Mandatsträger betrachte, stimmt nicht nur die Qualität, sondern ebenfalls deren Leistungsbereitschaft. Daraus ergeben sich viele Handlungsfelder für den Gemeinderat, den Kantonsrat und sogar für Bundesbern.

Wagen wir noch einen Blick in die Zukunft: Wie wird/soll sich Hitzkirch in den kommenden Jahren entwickeln?

Die Gemeinde Hitzkirch mit ihren Ortsteilen wird wegen einem vielseitigen und breiten Arbeits-, Bildungs- und Dienstleistungsangebot weiterhin als Zentrumsgemeinde wahrgenommen werden. Und Hitzkirch wird dank einem breiten Angebot im Gesundheits- und Sozialbereich sowie zeitgemässen Bildungs- und Kinderbetreuungsangeboten als Wohngemeinde sehr geschätzt. Dennoch muss sich unsere Gemeinde

weiterentwickeln. Da werden uns vor allem die grossen Bauprojekt fordern.

Und wie beurteilen Sie diese Möglichkeiten auf kantonaler Ebene?

Der Kanton Luzern muss in der Zentralschweiz weiterhin aktiv eine Führungsrolle übernehmen und sich gezielt und strategisch mit anderen Kantonen verbinden. Die nächsten Jahre werden uns fordern, damit wir weiterhin eine tiefe Arbeitslosigkeit haben, eine Wirtschaft, die auch etwas verdienen darf, und vor allem Existenzen sichert.

INTERVIEW VON ERNESTO PIAZZA



DIE POLITIK IST TEIL DER LÖSUNG, UND MUSS DIE SCHWEIZ, UNSEREN KANTON UND DIE GEMEINDE WEITERENTWICKELN!

Parteipräsidentin und Kantonsrätin der FDP.Die Liberalen Hitzkirch



FDP

Die Liberalen
Hitzkirch



CO₂-GESETZ



COVID-19-GESETZ



**BUNDESGESETZ ÜBER POLIZEILICHE
MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG
VON TERRORISMUS (PMT)**



**VOLKSINITIATIVE FÜR SAUBERES
TRINKWASSER UND GESUNDE NAHRUNG**



**VOLKSINITIATIVE FÜR EINE SCHWEIZ
OHNE SYNTHETISCHE PESTIZIDE**



www.fdp-hitzkirch.ch